

„Man kann Sand ins Getriebe streuen“

FR
14.8.2014

Grünen-Politiker kritisiert Behörden

Ihr Parteifreund Cunitz hat die Baugenehmigung für Terminal 3 erteilt. Blieb ihm wirklich nichts anderes übrig?

So viel Grüne hatten wir an den entscheidenden Stellen noch nie. An der Spitze des Frankfurter Baudezernats sitzt ein Grüner, an der Spitze des Regierungspräsidiums Darmstadt und der Minister in Wiesbaden ist auch ein Grüner. Jede Verwaltung ist in der Lage, ein wenig zu gestalten.

Wie werten Sie den Umgang mit der Öffentlichkeit? Wir sind mitten in den Sommerferien. Von den Grünen Verantwortungsträgern ist keiner da?

Es ist schwierig zu unterstellen, dass der Termin bewusst gewählt wurde. Aber ich weiß auch nicht, woher jetzt der Galopp kommt.

Die Landtags-Grünen haben jüngst eine Anhörung zum Terminal 3 abgelehnt. Was ist Ihre Meinung?

Man hätte eine Anhörung machen können. Ob sie zu weiteren Erkenntnissen geführt hätte, ist die Frage. Die SPD, die die Anhörung beantragt hatte, ist gewiss nicht diejenige, die zur Verhinderung des Ausbaus beigetragen hat.

Wäre eine Anhörung nicht ein wichtiges Signal nach außen?

Je mehr Transparenz, desto besser.

Wie fühlt sich ein Grüner und Flughafenausbaugegner nach Erteilung der Baugenehmigung?

Sie kam nicht überraschend. Aber ich denke, es wäre durchaus möglich, auf verwaltungstechnischem Weg Sand ins Getriebe zu streuen. Das haben die zuständigen Behörden nicht getan. Für die grünen Anliegen innerhalb der Landesregierung ist der Nichtbau von Terminal 3 symbolträchtig. Wenn sie eine grundsätzliche Überprüfung des Projekts will, sollte sie Fraport-Chef Schulte nicht in die Lage versetzen, am 1. November oder ein paar Monate später den Spatenstich zu machen.

Sie haben im vergangenen Jahr nach der Landtagwahl gegen eine Koalition mit der CDU gestimmt. Haben sich Ihre Befürchtungen bewahrheitet?

Grund dafür war nicht nur der Flughafen. Die endgültige Nagelprobe wird an dem Tag sein, an dem Schulte den Spaten in den Boden rammt. Möglicherweise gelingt es aber auch, in der ergebnisoffenen Prüfung zu dem

ZUR PERSON



PRIVAT

Franz-Rudolf Urhahn ist seit sieben Jahren Erster Stadtrat von Mörfelden-Walldorf im Kreis Groß-Gerau. Er ist verantwortlich für die Bereiche

Finanzen, Soziales, Gewerbe und Ordnung, für Umwelt, Nachhaltigkeit und Energie.

Mitglied der Grünen ist er seit 30 Jahren. Er hatte im vergangenen Jahr gegen eine Koalition mit der hessischen Union auf Landesebene votiert. Jur

Ergebnis zu kommen, dass das Terminal nicht gebaut wird.

Wie groß ist die Hoffnung?

Die ist sehr gering.

Fraport sagt seit Monaten, es werde ständig geprüft und das Ergebnis sei immer, dass die Kapazitäten benötigt werden.

Der grüne Minister muss die Zahlen auf den Tisch bekommen und sich ein Bild machen. Das Verfahren muss transparent sein und darf nicht Fraport alleine überlassen werden. Da müssen sich das Land und die Stadt Frankfurt als Haupt-Anteilseigner positionieren. Es kann nicht sein, dass Fraport einen Bedarf anmeldet und es wird akzeptiert.

Und wenn gebaut wird?

Dann sind meines Erachtens die Koalitionsbedingungen nicht eingehalten. Als Außenstehender bin ich davon ausgegangen, dass dieser Kompromiss mindestens diese Legislaturperiode hält. Außerdem gibt es noch einen anderen Aspekt.

Nämlich?

Terminal 3 ist die derzeit größte Infrastrukturmaßnahme an einem Ort in Hessen. Das ist ein Zweieinhalb-Milliarden-Geschäft. Da wirken auch Kräfte mit, die über den Anteilseigner und Fraport hinausgehen.

Welche Folgen hat der Bau des Terminals konkret für Mörfelden-Walldorf?

Eine Hauptlast des Individualverkehrs wird auf uns lasten. Das Verkehrsministerium muss die Argumente der Zukunftsinitiative Rhein-Main ernst nehmen. Der Wald ist der letzte Puffer zwischen Walldorf und dem Terminal 3.

Interview: Jutta Rippegather